

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postämter. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Ranke, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Interate für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 1 M.
Begrüßungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pf.
Versammlungsanzeigen 30 Pf.

Eine Viertelmillion Verbandsmitglieder

Der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation ist in unaufhaltbarem Vormarsch begriffen. In Scharen strömen die Arbeiter, die bisher den Bestrebungen der Gewerkschaften teilnahmslos, wenn nicht gar ablehnend gegenüberstanden, den Organisationen zu. Das ist nicht nur bei den Handarbeitern zu beobachten; der große Zug zur gewerkschaftlichen Organisation hat auch die Kreise der Angestellten in privaten und öffentlichen Diensten erfasst. Die „Stechträgerproletariat“ sind sich bewusst geworden, daß auch sie Arbeiter sind und für das Kapital fronden müssen, und nun wetteifern die Organisationen der kaufmännischen und technischen Angestellten, der Staats- und Gemeindebeamten miteinander, sich auf die Erreichung gewerkschaftlicher Ziele einzustellen. Aber auch die alten Gewerkschaften der Arbeiter berichten fortgesetzt von einem starken Anwachsen der Mitgliederzahlen.

Unter den Gewerkschaften, die sich anhaltend eines starken Zulaufs neuer Mitglieder zu erfreuen haben, ist unser Deutscher Holzarbeiter-Verband nicht an letzter Stelle zu nennen. Erst in Nr. 8 der „Holzarbeiter-Zeitung“ konnten wir mit Befriedigung feststellen, daß unser Verband um die Mitte Februar einen Mitgliederstand von 200.000 erlangt hat. Jetzt, wenige Wochen später, ist bereits eine weitere Etappe erreicht, die Viertelmillion ist nicht nur voll, sie ist wahrscheinlich schon recht erheblich überschritten. Haben wir anlässlich der Erreichung des zweiten Hunderttausends das dritte Hunderttausend als nächstes errebenswertes Ziel bezeichnet, so berechtigt das Tempo, welches die Entwicklung des Verbands in der letzten Zeit einschlagen hat, zu der Erwartung, daß wir dieses Ziel schon in einer nahen Zukunft erreichen werden.

Die genaue Feststellung des jeweiligen Mitgliederstandes ist in unserem Verband nur auf Grund der Quartalsberechnungen für einen weiter zurückliegenden Zeitpunkt möglich. Die Zwischenzählungen anlässlich der monatlichen Erhebungen über den Stand der Arbeitslosigkeit geben nur einen ungefähren Anhalt, der jedoch in der Regel nicht sehr erheblich von dem später ermittelten Stand abweicht. In dem vom Verbandsvorstand kürzlich veröffentlichten Ergebnis der Erhebung über den Stand der Arbeitslosigkeit Ende März ist die Zahl der Mitglieder in den berichteten Zahlstellen auf 216.404 angegeben. Eine beträchtliche Anzahl von Zahlstellen hat jedoch nicht berichtet, so daß mit Einschluß der fehlenden Orte die Gesamtmitgliederzahl Ende März auf 251.628 geschätzt wird.

Interessant ist es, an der Hand der Ergebnisse dieser monatlichen Zählungen unsere Mitgliederentwicklung in den letzten Monaten zu verfolgen. Hier- nach zählte der Verband jeweils am Schluß des Monats:

	Mitglieder insgesamt	Darunter weibliche
September 1918	99.021	20.863
Dezember 1918	163.201	25.421
Januar 1919	197.777	26.615
Februar 1919	222.043	27.530
März 1919	251.628	29.380

Zum Vergleich sei erwähnt, daß die Abrechnung für das dritte Quartal 1918, die letzte bisher vorliegende, ergeben hat, daß wir Ende September 1918 tatsächlich 98.400 Mitglieder, darunter 20.896 weibliche, hatten; der Unterschied ist also gegenüber dem Ergebnis der monatlichen Erhebungen nur ganz unbedeutend.

Das Anschwellen der Mitgliederzahl am Ende des vorigen Jahres ist zum größten Teil auf den Rückstrom der im Felde gewesenen Kollegen zurückzuführen, die wohl fast ausnahmslos wieder den Weg zu ihrer Organisation gefunden haben. Aber der Zustrom neuer Mitglieder hat auch sofort bei Beendigung des Krieges eingesetzt. Kurz vor Ausbruch des Krieges, Ende Juni 1914, zählte der Verband nach der damaligen Quartalsabrechnung 192.465 Mitglieder. Als Kriegopfer haben wir etwa 11 bis 12.000 gefallene Mitglieder zu beklagen, und eine beträchtliche Anzahl dürfte noch in Kriegsgefangenschaft schmachten. Trotzdem war der Stand vor dem Krieg Ende Januar erheblich überschritten. Im Monat Februar hat die Mitgliederzahl um rund 25.000 zugenommen, und im März stieg die Zunahme sogar auf rund 29.000.

In entsprechender Weise stieg die Auflage der „Holzarbeiter-Zeitung“. Ende Dezember 1918 wurden 159.000 Exemplare gedruckt. Ende Januar war die Auflage auf 192.000 angewachsen, Ende Februar auf 219.000, Ende März auf 240.000, und die vorliegende Nummer erscheint bereits in einer Auflage von 275.000 Exemplaren. Die Auflage des Verbandsorgans ist in den ersten Monaten dieses Jahres je um einige Tausend hinter der anlässlich der Arbeitslosenzählung festgestellten Mitgliederzahl zurückgeblieben; wenn man diesen Maßstab zugrunde legt, dann

hätten wir augenblicklich nicht nur die erste Viertelmillion Mitglieder bereits beträchtlich überschritten, wir wären tatsächlich dem dritten Hunderttausend schon sehr nahe gekommen.

Ganz besonders erfreulich ist die andauernde Zunahme der weiblichen Mitglieder, wie sie in der oben wiedergegebenen Zahlenreihe in Erscheinung tritt. Augenblicklich fehlt jeder Maßstab zur Schätzung der Zahl der in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiterinnen. Wir wissen nur, daß sie während des Krieges ganz bedeutend zugenommen hat, und daß seither ein Abfluß stattfindet. Das Interesse der Arbeiterinnen an der gewerkschaftlichen Organisation war trotz aller Bemühungen, es zu wecken, vor dem Krieg nicht sehr reger, und es ist sogar, wie sich aus der sinkenden Mitgliederzahl während des Krieges ergibt, noch zurückgegangen. In dieser Hinsicht ist seit Beginn des Jahres 1918 eine Wandlung eingetreten. Die Zahl der weiblichen Mitglieder steigt andauernd in sehr erfreulichem Maße. Die Zunahme der weiblichen Mitglieder bei gleichzeitiger Abnahme der männlichen Mitglieder zeigt, daß ein Moment, auf welches sehr nachdrücklich hingewiesen werden muß, es ist geeignet, die Annahme von der schweren Organisationsarbeit der Frauen zu widerlegen. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Annahme früher zutreffend war, heute ist sie es jedenfalls nicht mehr. Die Agitation unter den Arbeiterinnen muß mit erhöhtem Nachdruck betrieben werden. Die rund 30.000 weiblichen Mitglieder unseres Verbands sind im Vergleich zu den Zahlen der Vorkriegsjahre ein glänzender Erfolg, aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Zahl der organisationsfähigen Frauen im Gewerbe, die noch zu gewinnen sind, ganz beträchtlich größer ist. Noch haben sich die Zustände in der Holzindustrie nicht konsolidiert, aber es ist mit Gewissheit anzunehmen, daß die Frauenarbeit in unseren Berufen dauernd eine weit größere Bedeutung erlangen wird, als das früher der Fall war. Darauf müssen wir unsere Aufmerksamkeit nicht nur bei unserer Werbetätigkeit, sondern bei unserer gesamten Verbandsarbeit lenken.

Eine Viertelmillion Mitglieder! Eine stolze Zahl für wahr, aber zufrieden dürfen wir deshalb noch lange nicht sein. Die Massen sind erwacht. In Gegenden, in denen unser Verband früher nur kümmerlich existieren konnte oder wo es ihm überhaupt nicht möglich war, Fuß zu fassen, verfügen wir jetzt über einen Mitgliederstand, der mitunter ganz unglaublich erscheint. An der Mitgliederzunahme sind alle Teile des Reichs, wenn auch in verschiedenem Maße, beteiligt. In der nachfolgenden Tabelle geben wir eine Uebersicht über die Mitgliederzunahme in den einzelnen Gauen. Die Zahlen sind den Berichten über die monatlichen Arbeitslosenzählungen entnommen, und in ihnen sind nur die Orte enthalten, die berichtet haben. Die Zahlen sind also unvollständig, aber sie genügen für den Zweck, nämlich um zu zeigen, in welchem Maße die Mitgliederzahl in den ersten drei Monaten dieses Jahres gewachsen ist.

Gau	Mitgliederzahl		Zunahme	
	Ende Dezember 1918	Ende März 1919	absolut	Proz.
Danzig	7.154	11.682	4.528	63
Stettin	3.423	5.902	2.479	72
Breslau	7.123	12.411	5.288	74
Berlin	31.567	40.463	8.896	28
Dresden	13.770	21.868	8.098	59
Leipzig	16.537	24.260	7.723	47
Erfurt	6.268	11.777	5.509	88
Magdeburg	6.171	9.608	3.437	56
Hamburg	15.558	22.892	7.334	47
Hannover	7.922	16.384	8.462	107
Düsseldorf	7.689	13.939	6.250	81
Frankfurt	6.472	12.596	6.124	95
Nürnberg	9.451	14.555	5.104	54
München	8.560	10.644	2.084	24
Stuttgart	8.924	17.168	8.244	92
Gesamtverband	154.833	246.404	91.551	59

Hieraus ist die Mitgliederzahl im Gesamtverband im ersten Quartal dieses Jahres um 59 Prozent gestiegen. Die verhältnismäßig stärkste Zunahme brachte der Gau Hannover mit 107 Prozent. Im Gau Berlin beträgt die Zunahme nur 28 Prozent, aber hier ist die absolute Steigerung die größte von allen Gauen.

Versucht man den Gründen nachzugehen, welche die starke Werte erzeugt haben, welche die Arbeiter in solchen Massen der Organisation zutreibt, dann wird man hierin in erster Linie eine Auswirkung der Revolution erblicken müssen. Der Revolutionssturm hat die Schlafenden wachend. Sie sehen, wie die alten Kräfte, deren Macht ansehnend für die Ewigkeit gegründet war, auf den ersten Ansturm entzweit wurden. Die Welt hat plötzlich ein an-

deres Gesicht bekommen, und da macht sich das unüberstehliche Verlangen geltend, mit dabei zu sein, mit zu helfen an dem Aufbau einer neuen Zeit. Dieses Verlangen äußert sich in verschiedener Weise. Manche Arbeiter betätigen sich hauptsächlich auf politischem Gebiet, und da ist es interessant, zu beobachten, daß solche Schichten, die vor der Revolution politisch völlig gleichgültig oder gar blinde Werkzeuge der volks- und arbeiterfeindlichen Gewalten waren, jetzt in der radikalsten Tonart sprechen und eine Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Zustände verfechten, deren Tragweite von dem größten Teil derer, die sie so ungestüm fordern, wohl schwerlich in vollem Umfang übersehen wird.

Solche Strömungen machen sich auch da und dort in den Gewerkschaften breit und verlangen hier eine völlige Abkehr von den Bahnen, auf denen bisher schrittweise Erfolge erzielt wurden. In sich ist eine solche Bewegung, welche die führenden Instanzen zu erster Selbstprüfung zwingt, nicht zu verwerten. So glückliche Kritik, die vorhandene Mängel bloßlegt und auf Abhilfe dringt, ist immer angebracht, und sie ist ganz besonders angebracht in den Arbeiterorganisationen, die dadurch vor Verknöcherung bewahrt werden. So ist es auch bisher schon gewesen. Nur solche Kritik ist zurückzuweisen, die ohne sachliche Begründung Bestehendes zerstören will, ohne etwas Besseres an seine Stelle zu setzen.

Es hieße den Kopf in den Sand stecken, wollte man bestreiten, daß sich solche unerfreulichen Erscheinungen auch in unserem Verband bemerklich machen. Die große Mehrheit unserer Kollegen will aber auf dem bewährten Grund weiterbauen. Das Wirken des Verbandes ist auch der Masse der Unorganisierten, die sich bisher bemüht, ihre Augen davor zu schließen, nicht verborgen geblieben. Die vom Verband betriebene Politik hat sich für die Kollegenschaft als vorteilhaft erwiesen und ihnen manchen schwerwiegenden Erfolg gebracht. Gewiß ist es uns nicht gelungen, die unglückseligen Kriegsfolgen von unseren Kollegen fernzuhalten, aber der Verband darf es sich als sein Verdienst anrechnen, diese schlimmen Folgen gemildert zu haben. Nun sind die Absichtsbestimmungen und Gleichgültigen mächtig ausgerüstet worden. Sie beginnen, Vergleiche zu ziehen zwischen der Lage der Unorganisierten und der Verbandsmitglieder, und da wird in ihnen die Sehnsucht rege, auch an den Vorteilen, die aus der Zugehörigkeit zum Verband entspringen, teilzunehmen. Das führt sie in die Organisation. Es ist kein Zufall, daß jetzt fortwährend aus neuen Zahlstellen und aus solchen, die früher nur vegetierten, berichtet wird, es hätte sich eine große Anzahl von Mitgliedern in den Verband aufnehmen lassen, und es sei jetzt eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt worden. Die Zeitläufte sind einer solchen Taktik, bei der oft lange Versäumnisse nachgeholt wird, günstig, deshalb braucht man solchen Methoden, die in normalen Zeiten bedenklich wären, nicht grundsätzlich zu widersprechen.

Die Massen, die jetzt in unsern Verband strömen, wollen damit eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeiführen. Ihr Streben ist darauf gerichtet, sich ausreichende Löhne zu sichern und den Einfluß des Arbeiters auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen auszubauen. Das hat sich deutlich in der Städtekonferenz am 17. April gezeigt. Die dort anwesenden Zahlstellenvertreter waren wohl durchweg alte Verbandsmitglieder. Sie stehen in ihrem Ort an verantwortlicher Stelle, sie kennen die Stimmungen und Gefühle der Kollegenschaft und vermögen die Beweggründe des neuen Zuwachses aus unmittelbarer Anschauung zu beurteilen. Diese bewährten Vertrauensmänner des Verbands aus allen Teilen des Reichs haben den Gedanken einer grundsätzlichen Abkehr von der bisherigen Verbandspolitik auf das Schärfste abgelehnt.

Die Forderungen, die wir vertreten, müssen sich nach den jeweiligen Zeitverhältnissen richten. Was die Kollegenschaft als recht und billig anerkannt hat, müssen deren Beauftragte mit unbegrenzter Energie vertreten. Das gilt insbesondere auch von den Forderungen in dem jetzt zur Verhandlung stehenden Entwurf zu einem neuen Tarifvertrag. Aber diese Forderungen und diese Verhandlungen liegen durchaus auf der Linie unserer seitberigen Vertragspolitik. Diese Methode hat uns vorwärtsgebracht; sie hat dem Verband die Möglichkeit gegeben, jede Situation im Interesse der Kollegenschaft auszunutzen. Ihr vor allem ist das gesteigerte Interesse zu danken, welches die Holzarbeiter ihrer Organisation entgegenbringen. Unsere Aufgabe muß es sein, die Hoffnungen, mit denen der neue Nachwuchs zu unseren Fächern strömt, nicht zu enttäuschen. Dann wird das erfreuliche Wachstum unseres Verbands anhalten und der Zeitpunkt nicht fern sein, wo der letzte Holzarbeiter Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbands ist.

Besteht eine Arbeitscheu?

Ueber dieses Thema hielt der Direktor des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin, Dr. Erdmann Graad, Anfang April einen interessanten Vortrag. Er teilte dabei einleitend mit, daß in einer vor kurzem stattgefundenen Sachverständigenkonferenz der Groß-Berliner Erwerbslosenfürsorge von zuständiger Stelle erklärt worden sei, daß man gegenwärtig von mangelndem Arbeitswillen unter den Arbeitslosen nicht mehr reden könne, während vor etwa zwei bis drei Monaten eher eine derartige Feststellung hätte gemacht werden können.

Diese Auffassung, daß es nämlich unberechtigt sei, den Berliner Arbeitslosen Arbeitscheu nachzusagen, belegte Herr Dr. Graad mit Berichten über die einzelnen Abteilungen des Berliner Arbeitsnachweises. Hier sei wiedergegeben, was in diesem Zusammenhang über den Arbeitsnachweis für die Holzindustrie gesagt wird: „Wie schwierig die Verhältnisse mitunter bei der Vermittlung von Facharbeitern liegen, zeigt der Bericht der großen Fachabteilung für die Berliner Holzindustrie, der hervorhebt, daß im allgemeinen von einer Arbeitsverweigerung nicht gesprochen werden könne. Nur wo Spezialisten für Herren- und Speisezimmermöbel verlangt werden, sei es nicht immer möglich, alle Stellen zu besetzen, weil nur wenige derartige Spezialisten im Nachweis vorhanden sind. Die Arbeitgeber wiederum stellen nur Spezialarbeiter ein, da andere die Arbeit nicht vorteilhaft herstellen können. Die Stellen nach außerhalb für Möbel könnten deshalb nicht alle besetzt werden, weil dort gegenüber den Berliner Löhnen der Arbeitsverdienst verhältnismäßig gering sei. Wenn einzelne arbeitslose Tischler keine Arbeit annehmen, so sei gewöhnlich passende Arbeit nicht vorhanden oder die Leute seien dem Arbeitgeber zu alt.“

Seine Erfahrungen auf diesem Gebiet faßt Herr Dr. Graad am Schluß seines Vortrags in folgende Worte zusammen: „Die Berliner Arbeitslosen sind besser als ihr Ruf! Eine allgemeine Arbeitscheu, wie sie als eigentliche Ursache der gegenwärtigen Zustände auf dem Arbeitsmarkt angenommen wird, ist in Wirklichkeit nicht vorhanden. Vielmehr fehlt es an Arbeitsgelegenheit, um Leute zu beschäftigen, die des langen Wartens überdrüssig sind und lieber arbeiten wollen, als sich unterkriegen zu lassen. Wenn auch nicht gelungen werden kann, das unter der Masse der Erwerbslosen Verlorene sich befinden, die geflüchtig der Arbeit aus dem Weg zu gehen suchen, so ist ihre Zahl im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitslosen doch gering. Die Tatsache bleibt daher bestehen, daß der Hauptkern unserer Arbeiterschaft, die überwiegende Mehrzahl der Arbeitslosen, das gesunde Empfinden und den ehrlichen Willen in sich hat, zu arbeiten und ernstlich bemüht ist, durch den Arbeitsnachweis Arbeitsgelegenheit zu erlangen.“

Angesichts des von so vielen Seiten gegen die Arbeitslosen erhobenen Vorwurfs, daß sie in ihrer Mehrheit arbeitscheu seien, bedeuten diese Vorlegungen eines so hervorragenden Sachverständigen eine Ehrenrettung, deren Wert nicht unterschätzt werden darf. Um so mehr wäre zu wünschen, daß nicht in dem Eifer, das Los der Arbeitslosen zu verbessern, in der Eile allseitig Schritte unternommen werden, die geeignet sind, das gesunde Empfinden und den ehrlichen Willen der Arbeitslosen in Zweifel zu ziehen. Im Hinblick darauf muß jedoch gesagt werden, daß der neuerdings vom Reichserwerbslosen-Ausschuß ausgearbeitete Entwurf eines „Erwerbslosen-Fürsorgegesetzes“ geeignet ist, ernstes Mißtrauen zu erregen. Der genannte Ausschuss hat sich dieser Aufgabe in Ausführung eines Beschlusses des Reichserwerbslosenkongresses unterzogen, der am 5. und 6. April in Berlin tagte.

Dem „Vorwärts“ zufolge geht der Gesetzentwurf von der Auffassung aus, daß zur Regelung der Erwerbslosenfürsorge die Erwerbslosen organisiert werden müssen. Er sieht neben den Reichs-, Landes-, Provinzial- und Gemeindebehörden die Mitwirkung von Erwerbslosen-Ausschüssen vor. Die Mitglieder dieser Ausschüsse würden nach diesen Vorschlägen wohl dauernd aus der Berufsarbeit auscheiden, denn, so heißt es, den Mitgliedern der einzelnen Erwerbslosen-Ausschüsse darf nur auf eigenen Wunsch Arbeit zugewiesen werden.“ Die Mitglieder der Erwerbslosen-Ausschüsse sollen neben ihrer Unterstützung eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende Aufwandsentschädigung erhalten sowie Urlaub oder Auslagen. Als Regel werden Tagesunterstützungssätze für Erwerbslose über 18 Jahre von 10 Mk., für die Ehefrau von 4 Mk. und für jedes Kind von 14 Schillingen von 2 Mk. gefordert. Das würde etwa für Erwerbslose mit drei Kindern ein Einkommen von 600 bis 700 Mk. im Jahr bedeuten. Dieses Einkommen soll aber nach dem Entwurf weder steuerpflichtig noch pfändbar sein. Weiter wird gefordert, daß die Freigabe dieser Erwerbslosen rückhaltlos gewährleistet werden soll. Gerade ein Erwerbsloser in Haft, so soll er die volle Unterstützung weiter erhalten, bis ein rechtskräftiges Urteil erlangt ist. Kriegsunterstützung und Kriegeschädigtenrente darf in die Erwerbslosenunterstützung nicht eingerechnet werden.

Die Erwerbslosenfrage ist ein ungeheures kompliziertes Problem, vor dem man sich, wie es der angegebene Gesetzentwurf vorstellt, kaum so unangenehm gestellt werden. Die beste Lösung wäre Arbeitsbeschaffung, aber der Mangel an Kapitalien und Betriebsmaterialien, die Unterbindung des freien Wirtschaftens durch die jetzt übliche Ausbeutung von Peinlichkeit, bzw. die nachheren politischen Verhältnisse lassen die Aussichten der Zukunft in wenig günstiger Lage erscheinen. Es besteht wenig Aussicht, der Staat bei arbeitslosen Industriearbeitern in absehbarer Zeit etwas Erhebliches zu ihrem früheren Beruf zu veranlassen. Aber trotzdem muß unermüdet im Auge behalten werden, daß Arbeitsbeschaffung das Ziel für die Lösung der Arbeitslosenfrage sein muß.

Selbstverständlich darf darüber nicht die Fürsorge für die Arbeitslosen vergessen werden. Der Gesellschaft obliegt die Verpflichtung, für ihre erwerbslosen Mitglieder zu sorgen. Ob die Mittel hierfür aus dem allgemeinen Steuerfiskus genommen werden, oder ob eine großzügige Arbeitslosenversicherung nach dem Muster der Invalidenversicherung mit Zuschüssen aus der Reichskasse eingeführt wird, kommt erst in zweiter Linie in Betracht; jedenfalls muß der Grundsatz anerkannt werden, daß jeder, der gegen seinen Willen arbeitslos ist, einen Anspruch auf Zuweisung des notwendigen Lebensunterhalts hat.

Wenn die Arbeitslosigkeit so umfangreich ist wie gegenwärtig in vielen Großstädten, da empfiehlt es sich, Vertreter der Arbeitslosen in geeigneter Weise an der Verwaltung der Arbeitslosenfürsorge zu beteiligen. Sorgfältig muß jedoch alles vermieden werden, was geeignet erscheint, den Eindruck zu erwecken, als wolle man die Erwerbslosigkeit als besonderen Beruf betrachtet wissen. In diesen Fehler verfällt aber, nach der angeführten Inhaltsangabe, der erwähnte Gesetzentwurf.

Den Berliner Arbeitslosen ist von kompetentester Stelle bestätigt worden, daß gegen sie der Vorwurf der Arbeitscheu nicht erhoben werden kann, und das gleiche trifft zweifellos auch auf die Arbeitslosen in den übrigen Industriezentren zu. Im Interesse der Arbeitslosen muß gewünscht werden, daß ihr guter Ruf nicht gefährdet werde durch übereifrige Freunde, die eine Aktion unternehmen, welche nur geeignet ist, die Arbeitslosen zu diskreditieren.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erschienen dieser Zeitungsnummer ist der 19. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig geworden.

Auf unsere Bekanntmachung in Nr. 3 betreffend Wahl eines zweiten Bauvorstehers in den Gauen Dantzig, Dresden und München machen wir hiermit nochmals aufmerksam. Bewerbungen sind bis zum 24. Mai an den Verbandsvorstand einzureichen.

Berlin SO. 16, Am Kölnischen Platz 2. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Badum. Unsere Jahreshalle, die während des Krieges arg zusammengegangen war, hat sich dank einer regen Agitation inzwischen kräftig erholt. Infolgedessen ist es uns gelungen, nach einem zweitägigen Streit einen ansehnlichen Erfolg zu erzielen. Die Arbeitgeber wurden gezwungen, den westfälisch-lippischen Tarifvertrag anzuerkennen, und unser Ort wurde mit Bielefeld, Münster, Minden usw. in die gleiche Lohnklasse eingereiht. Nun gilt es, das Erreungene zu halten und zu sichern, was nur geschehen kann durch unablässige Arbeit an dem Ausbau unserer Organisation. Hier sind Tischler und Maschinenführer noch sehr gesucht. Es wäre uns erwünscht, wenn tüchtige Verbandskollegen nach hier kämen. Notwendig ist es aber auch, daß wir stets fest zusammenhalten. Die rechte Kollegialität kann nur gepflegt werden, wenn die Mitglieder auch regelmäßig die Versammlungen besuchen. Das möchten wir insbesondere den jüngeren Kollegen zurufen. Die Arbeit der Verwaltung kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie durch die tätige Anteilnahme aller Kollegen unterstützt wird.

Düren (Rhd.). Lange hat es gedauert, bis die hiesigen Holzarbeiter ihre elende Lage selbst erkannt haben. Haben wir bisher doch noch meistens zehn Stunden Arbeitstag und einen Lohn von 80 Pf. bis 1,10 Mk. pro Stunde zu verzeichnen gehabt. Einmal eine Hochburg des Christlichen Holzarbeiterverbandes, hat sich das Blatt endlich gewendet. Im Januar d. J. erklärten wir mit zehn Kollegen unsere Jahreshalle wieder, und heute zählen wir über 110 Mitglieder in unserem Verband, ein Beweis dafür, daß die Kollegen erkannt haben, wo ihr Maß ist. Dielem Umstand ist es auch zu verdanken, daß wir bei Abschluß eines neuen Vertrags am 15. April ganz ansehnliche Erfolge erzielten. Wir bekamen ab 17. April die neunstündige Arbeitszeit und 1,50 Mark Durchschnittslohn und ab 9. Mai den Achtstundentag und 1,80 Mk. Durchschnittslohn pro Stunde. Auch sonstige Verbesserungen wurden erreicht. An den Kollegen wird es nun liegen, das Erreungene hochzuhalten und noch mehr auszubauen, ebenso muß aber für den Ausbau des Verbandes alles geschehen, damit der feste Holzarbeiter unserer Organisation zugeführt wird. Vorwärts muß unsere Parole lauten. Gleichzeitig machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß unsere Mitgliederversammlungen regelmäßig jeden zweiten Sonntag im Monat bei Herrn Aress, Kölnstraße, stattfinden.

Hof L. B. Die hiesige Baumwollspinnerei Obenauer in Comp. beabsichtigt, eine Möbelfabrik zu errichten. Obwohl die Arbeitsvermittlung nur durch den hiesigen Arbeitsnachweis erfolgen darf, frucht diese Firma in vogelähnlichen Zettungen Tischlergehilfen zu Stundenlöhnen von 80 Pf., wie einem Kollegen auf Anfrage mitgeteilt wurde, trotzdem der tarifliche Lohn ab 1. Mai des Doppelt betragt und Hof sich in der niedrigsten Tarifklasse Deutschlands befindet. Wir erlauben daher alle Kollegen, sich vor Annahme der Arbeit an die hiesige Ortsverwaltung zu wenden.

Klingenthal. Früher drang nur selten einmal eine Nachricht aus unserem abgelegenen Industriewinkel in die Welt hinaus. Nur ab und zu ein Rätselt über das Glend in der Ruffia-Instrumentenindustrie, das besonders bei den Heimatwerkern wahre Triumphe feierte. Von Seiten der maßgebenden Organisation wurde schon vor mehr als einem Jahrzehnt die Wurzel alles Übels erkannt und den Arbeitern durch intensive Aufklärung die Vorteile eines festen Zusammenschlusses gepredigt. Der erwartete Erfolg aber blieb aus, da die hiesige Arbeiterschaft durch die fortwährende Not und Sorge geistig und körperlich schon so degeneriert war, daß sie den Glauben an ein Besserwerden vollkommen verloren hatte. Die Angst, von den Fabrikanten entlassen zu werden, wenn sie sich ihrer Organisation anschließen wür-

den, setzte der Rückständigkeit vollends die Krone auf. Da kam die Revolution und legte alle Hindernisse hinweg. Frei von allen Fesseln, erhellten sich die Köpfe, und gebieterisch verlangten auch die hiesigen Arbeiter eine Veränderung ihrer bedrückten Lage. Die Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die früher nur so hinübergekickte, wuchs lawnenartig an. Unter diesen Verhältnissen erst war es möglich, an eine Verbesserung der bestehenden Lohnverhältnisse heranzugehen. In einer Lohnbewegung im Dezember vorigen Jahres erreichten wir eine Erhöhung des Lohns um 55 Prozent neben dem Ausgleich für die Vertilzung der Arbeitszeit. Für die Akkordarbeiter einen Zuschlag von 80 Prozent. Auf den ersten Antriebe gewiß ein annehmbarer Erfolg. Trotzdem alle den reichsten die Löhne noch lange nicht aus, um Anspruch auf ein Existenzminimum für die bestehende Leistung erheben zu können. Demzufolge mußte auf Drängen der Kollegenenschaft in eine neue Bewegung eingetreten werden. Die Forderung lautete auf eine Erhöhung der Prozente für die Lohnarbeiter auf 125 Prozent, für die Akkord- und Wochenlohnarbeiter auf 150 Prozent und für Bälgemacherinnen auf 200 Prozent. Nach mehrmaligem Verhandeln mit dem Verein der hiesigen Musikwarenfabrikanten wurden erreicht: für die Stundenlohnarbeiter ein sofortiger Zuschlag von 120 Prozent, für Akkord- und Wochenlohnarbeiter 140 Prozent und für Bälgemacherinnen 180 Prozent. Um aber eine gewisse Einheitlichkeit der Löhne zu erzielen und Mindestlöhne festzulegen, soll ein Tarifvertrag mit Akkordtarif ausgearbeitet werden und demnächst zur Verhandlung kommen. Unsere Anregung, für die gesamte Musikinstrumentenindustrie Deutschlands einen Reichstarif zu schaffen, wurde von den Fabrikanten abgelehnt. Die noch fehlenden 5 resp. 10 und 20 Prozent sollen ab 15. Mai gezahlt resp. bei Aufstellung der Preise zum neuen Akkordtarif mit verrechnet werden. Ferner wurde noch vereinbart, daß in den Betrieben, wo bereits höhere Preise bestanden, die vollen Prozentsätze auf diese zu verrechnen sind. — Wieder sind wir einen Schritt vorwärts gekommen. Die Organisationsleitung konnte ihr gegebenes Versprechen einlösen. Das aber war nur möglich, weil die Kollegenchaft geschlossen hinter ihr stand. Noch sind wir weit davon entfernt, müßiggelinge Verhältnisse geschaffen zu haben. Das kann nur nach und nach geschehen. Dazu aber ist vor allen Dingen nötig, daß sich die Reihen der organisierten Musikinstrumentenarbeiter noch mehr füllen. Es sind ihrer noch viele, die auch heute noch dem Verband fernstehen. Die Zahlstelle hat sich gewaltig entwickelt. Rund 2000 Kollegen und Kolleginnen haben sich in ihr vereinigt. Mit Energie und großer Ausdauer muß gearbeitet und aufgestellt werden, um recht bald auch das dritte Tausend Mitglieder buchen zu können. Je stärker die Zahlstelle, desto größer werden in Zukunft unsere Erfolge sein.

Köln. In der Generalversammlung am 27. April erhalteten die Kollegen Wendler und Schmidt den Geschäfts- und Kassenbericht. Hiernach hat die Zahlstelle Köln im ersten Quartal 878 Neuzugänge zu verzeichnen; damit hat die Gesamtmitgliedszahl 3000 erreicht. Fürs zweite Quartal liegen wiederum 250 Neuzugänge vor. Auch haben wir reichlich Übertritte aus gegnerischen Gewerkschaften zu verzeichnen. Obwohl noch 250 Kollegen sich in Gefangenschaft befinden, ist der höchste Stand der Mitgliedszahl vom Frieden um 600 überschritten. Neunzehn Lohnbewegungen kamen im verflochtenen Quartal zum Abschluß, an denen 1160 Mitglieder unseres Verbandes beteiligt waren. Für die Brande der Bergolder wurden erstmalig tarifliche Vereinbarungen abgeschlossen. Die erzielten Lohnerhöhungen für den einzelnen Kollegen schwanken zwischen 8 und 28 Mk. pro Woche, im Durchschnitt 15 Mk. — Der Kassenbericht ergab, daß die große Arbeitslosigkeit im Januar und Februar 11 507 Mk. an Arbeitslosenunterstützung erforderlich. Ungenügend ist ein großer Mangel an Arbeitskräften zu verzeichnen. — Die Wahl eines Vorkomitees hatte das Ergebnis, daß Kollege Schöffler aus Bremen gewählt wurde.

Lam. Nun haben auch die Säger im Bayerschen Wald den Wert der Organisation erkannt. Bis zum Jahr 1917 gab es keine Organisation hier, da hatten natürlich die Sägewerksbesitzer leichtes Spiel. Jetzt müssen sie aber den Tariflohn zahlen, wenn auch mit schwerem Herzen. Zwar ist die Nachzahlung vom 15. Dezember 1918 an noch im Rückstand. Wir hoffen aber, daß auch das noch geregelt wird, ohne daß stärkere Mittel angewendet werden müssen.

Lauterbach (Württemberg). In den Goldlesten- und Kamfabriken wurde am 14. April ein Lohn-tarif durchgesetzt. Er ist nach Jahresklassen bis 23 Jahre geschaffet und sieht als Mindestlöhne vor: für gelernte Arbeiter 80 Pf. bis 1,30 Mk. pro Stunde, für Ungelernte 30 Pf. bis 1,05 Mk. und für Weibliche 30 bis 70 Pf. pro Stunde. Ungelernte Arbeiter, welche über drei Jahre an einer Spezialität arbeiten, werden als gelernte Arbeiter entlohnt. Die Akkordlöhne sind so zu regeln, daß sie die Stundenlöhne um 15 Prozent übersteigen. Trotzdem diese Löhne den jetzigen Verhältnissen entsprechend doch nicht zu hoch bemessen sind, werden uns noch Schwierigkeiten seitens der Firmen gemacht. Den Arbeitern rufen wir zu, seid einig und seid auf der Hut, sonst wird uns dieses Wenige noch wieder entzissen.

Musfelden. Die hiesigen Kollegen haben durch Verhandlungen mit den Unternehmern erreicht, daß auf die bisher gezahlten Stundenlöhne ein Zuschlag von 50 Pf. gewährt wird, so daß die Stundenlöhne jetzt 1,80 bis 1,93 Mk. betragen; ferner werden für Überstunden 50 Proz. und für Sonntags- und Nacharbeit 100 Prozent gezahlt. Für Montagearbeitern mit Übernachten werden 10 Mk. pro Tag und freie Bahnfahrt und ohne Übernachten 8 Mk. pro Tag gezahlt. Für Montagearbeitern innerhalb der Stadt werden pro Stunde 15 Pf. Zuschlag gewährt. Die Ferienfrage wurde bis zur endgültigen Regelung durch die Zentralvorstände zurückgestellt.

Neustadt a. d. Rh. In einer sehr gut besuchten Versammlung der Büren- und Pineslacher Knüpfel sich an den Vortrage des Kollegen Neuburger (Münster) eine recht lebhaft Diskussion, in welcher die Kollegen und Kolleginnen mancherlei Mängel in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Sprache brachten. Beschlossen

wurde, sich den Forderungen der Milzberger Birken- und Pflanzmacher anzuschließen. Eine größere Anzahl neuer Mitglieder ließ sich in den Verband aufnehmen.

Saulgau. Auch im württembergischen Oberland wird es nun langsam hell, was für die bisher mit Schindeldächern bezahlten Arbeiter, die früher zehn bis zwölf Stunden täglich arbeiteten, sehr nützlich ist. In der Oberamtsstadt Saulgau und Umgebung haben sich in allen Betrieben die Arbeiter und Arbeiterinnen bei den freien Gewerkschaften organisiert, trotzdem spukt noch immer der Geisteszwang des schwarzen Winkels. Saulgau ist den christlichen Gewerkschaftsführern ein Dorn im Auge, weil seit drei Monaten beinahe ihre sämtlichen Mitglieder zur freien Gewerkschaft übergetreten sind. Nur einige Spione sind wieder reuig in die alleinseligmachende und die Unternehmer schützende christliche Gewerkschaft zurückgekehrt. Diese Leute versuchen nun mit allen Kräften, auch die anderen Arbeiter und Arbeiterinnen zum Austritt aus dem Deutschen Holzarbeiter-Verband zu bewegen, wobei ihnen der hiesige Stadtvorstand sehr behilflich ist. Unter anderem heiligen sie die lächerliche Behauptung, die bei den freien Gewerkschaften bezahlten Beiträge kämen der spartakistischen Bewegung zugute, und ähnlichen Unsinn mehr. Es gehört schon ein großes Maß von Dummheit dazu, darauf hereinzufallen. Kollegen, bleibt treue Mitglieder und seid einig, dann ist uns der Erfolg sicher.

Stettin. (Sägerarbeiter.) Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Sägereibetrieben vor der Revolution durch die Organisation zu regeln, war unmöglich, weil sich die Arbeiter zum gemeinsamen Handeln nicht aufschwingen konnten. Jetzt sind die hiesigen Betriebe bis auf den letzten Mann organisiert. Gestützt auf die Organisation, wurden am 16. März den Arbeitgebern gemeinsame Forderungen unterbreitet. Da die Unternehmer anfangs nur wenig Entgegenkommen zeigten, fanden sich die Arbeiter aller Betriebe am 25. März zu einer Protestversammlung während der Arbeitszeit zusammen. Darauf folgende Verhandlungen führten zu keinem Erfolg. Der Lohn für Maschinenarbeiter, Sägerschärer, Wasserarbeiter und Helfer wurde auf 1,45 Mk. festgesetzt, für Plagarbeiter auf 1,40 Mk., für Arbeiter von 16 bis 18 Jahren auf 90 Pf. und für Arbeiterinnen über 18 Jahre ebenfalls auf 90 Pf. pro Stunde. Viel wird von den Unternehmern über die Konkurrenz der Landmühlen und der Betriebe in kleinen Städten gellagt. Die Verhältnisse drängen deshalb zu einer einheitlichen Regelung für das ganze Reich. Vorbedingung ist, daß sich die Sägereiarbeiter überall der Organisation anschließen und im Einverständnis mit den maßgebenden Instanzen des Verbands handeln.

Stuttgart. (Maschinenarbeiter.) Eine am 12. April abgehaltene Versammlung beschloß, bei der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft und bei der Gewerbeinspektion Schritte zu unternehmen, um die Heranziehung von Maschinenarbeitern zum Aufsichts- und Kontrolldienst zu veranlassen. Von der Regierung wurde die halbtägige Einbeziehung eines Geselzenturfs verlangt, der die Anstellung von Arbeiterkontrollleuten bei den Berufsgenossenschaften und Gewerbeinspektionen vorsteht. Außerdem soll durch eine Revision des Unfallversicherungsgesetzes die Teilnahme von Arbeitern bei der Rentenfestsetzung ermöglicht werden. Bei dieser Gelegenheit werden die Zahlstellen ersucht, die Fragebogen unverzüglich an den Kollegen Josef Spiegel, Hadstraße 18, einzusenden.

Weihenburg i. Bayern. Unsere Zahlstelle hat ihren Stand in kurzer Zeit auf die stattliche Zahl von über 140 Mitgliedern gebracht. Dadurch ist es gelungen, recht annehmbare Verbesserungen der Löhne zu erzielen. In den beiden Kammerfabriken konnten die bestehenden Löhne um 25 bis 50 Pfennig pro Stunde erhöht werden; dann konnten wir die Löhne bei unseren Tischlern um 15 bis 20 Pf. pro Stunde erhöhen. Zu wünschen wäre nur, daß unter diesen Kollegen etwas mehr Einigkeit herrschen würde, um auch in Valde den Tariflohn zu erreichen. Auch konnten wir unseren Kollegen in den beiden Sägewerken, obwohl sie erst kurz organisiert sind, unter die Arme greifen und unter Überwindung starker Widerstände die Stundenlöhne um 20 bis 40 Pf. erhöhen. Jetzt ist es unsere Pflicht, nicht nur diese Erfolge aufrechtzuerhalten, sondern zu trachten, daß noch der letzte Mann und die letzte Frau dem Verband beigeführt werden, denn nur so ist es möglich, das alles durchzuführen, was im Interesse unserer ganzen Mitgliedschaft liegt.

Unsere Lohnbewegung.

Tarifabschluss in der Kamminindustrie im Gau Frankfurt a. M.

Nach langen und schwierigen Verhandlungen und nachdem schon die Kollegen bei der Firma Schläger u. Besl in Darmstadt die Kündigung eingereicht hatten, ist es gelungen, für die Orte Darmstadt, Oberamtsstadt, Weinheim, Bensheim, Pfungstadt und Michelstadt einen Bezirksarif zustande zu bringen. Damit haben die Kollegen und Kolleginnen der Kamminindustrie eine Regelung und wesentliche Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Die Mindestlöhne betragen für Darmstadt bis 1,60 Mk. pro Stunde für Arbeiter und bis 90 Pf. für Arbeiterinnen; für die übrigen Orte bis 1,40 Mk. pro Stunde für Arbeiter und bis 80 Pf. für Arbeiterinnen. Auch für Hilfsarbeiter bis herunter zu 16 Jahren sind entsprechende Mindestlöhne vereinbart und somit eine grundlegende Basis für die Lohnregelung geschaffen. Ferner ist die Neuregelung der Akkordarbeit vorgesehen und ein angemessener Mehrverdienst zugesichert. Der vereinbarte Stundenlohn ist bei Akkordarbeit garantiert. Eine bezirksliche Schlichtungskommission wurde eingesetzt, die in Streitfällen anzurufen ist, und deren Mitglieder auf verschiedene Orte verteilt sind. Unser Bestreben war, einen Reichsarif für die Kamminindustrie zuwege zu bringen. Die Zentralleitung der Kamminindustriellen lehnte den Antrag eines Reichsarifs ab, und so mußten wir uns mit einer bezirkslichen Regelung begnügen. Unsere Organisation hat in der Kamminindustrie prächtige Fortschritte gemacht. Aufgabe der Kollegen und Kolleginnen muß es nun sein, das Erreungene hochzuhalten und auf dieser Grundlage weiterzubauen.

Ablehnung der Vereinbarung durch die Berliner Unternehmer.

Die Berliner Unternehmer des Holzgewerbes haben in einer allgemeinen Versammlung der Groß-Berliner Holzindustrie, die nach dem Bericht der „Fachzeitung“ außerordentlich zahlreich besucht war, mit allen gegen neun Stimmen eine Resolution angenommen, in welcher die Anerkennung der Vereinbarung, die am 16. April zwischen den Zentralvorständen abgeschlossen wurde, abgelehnt wird. Die Arbeitgeber erklären, außerstande zu sein, mehr zu bewilligen als die am 28. April zugestandenenen 25 Pf. Teuerungszulage pro Stunde.

Zu dieser Erklärung nahm eine Vertrauensmänner-Versammlung unseres Verbandes am 2. Mai Stellung. Sie beschloß einstimmig, in den Betrieben, in denen sie noch nicht bewilligt ist, am 3. Mai von den Unternehmern die Anerkennung der Vereinbarung vom 16. April und die Einführung der 40stündigen Arbeitszeit mit Lohnausgleich zu verlangen. Die Zulagen sollen sich auf einen Grundlohn von 2,80 Mk. bis 3 Mk., je nach Lage der Branche, aufbauen. Wo diese Forderungen nicht anerkannt werden, ist am Montag, dem 5. Mai, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

In Berlin hat die Branche der Modell- und Fabrikarbeiter am 29. April beschlossen, den vor drei Monaten mit dem Verband der Berliner Metallindustriellen abgeschlossenen Vertrag zu kündigen. Dieser steht für Modelltischler und Modeldrehler einen Mindestlohn von 2,00 Mk. und eine Akkordbasis von 2,80 Mk. vor. Angestrebt wird ein Grundlohn von 2,80 bis 3 Mk. und eine Zulage von 50 Pf. auf alle Löhne. Die Kollegen im Reich werden jetzt schon gebeten, ihr Augenmerk auf die Zeichnungen zu richten. Die Unternehmer äußern vielfach, daß sie ihre Modelle auswärts anfertigen lassen wollen, wo sie billiger werden. Die Berliner Kollegen hätten es deshalb lieber gesehen, wenn diese Bewegung auf alle in Betracht kommenden Orte ausgedehnt würde.

Naumburg. Zu dem im Februar d. J. abgeschlossenen Tarif für die Kammer- und Paarschmiedbranche wurde jetzt eine Teuerungszulage vereinbart, die vom 1. Mai an für alle Arbeiter und Arbeiterinnen 10 Prozent und vom 1. Juni an weitere 15 Prozent, insgesamt also 25 Prozent auf die bestehenden Löhne beträgt.

In Oshag sind die Kollegen am 30. April geschlossen in den Ausstand getreten, weil die Unternehmer sich weigerten, die in den zentralen Verhandlungen bewilligten Teuerungszulagen zu gewähren.

Aus der Holzindustrie.

Zur Leimerzeugung.

Auf die Eingabe, welche, wie wir kürzlich mitgeteilt haben, unser Verbandsvorstand an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet hat, um Maßnahmen zur Hebung der Leimerzeugung zu veranlassen und den Leimmangel zu beseitigen, ist nun die folgende Antwort eingegangen:

„Zur Beseitigung der Leimnot ist das Reichswirtschaftsministerium mit allen Mitteln befreit, die Leimerzeugung im Rahmen des noch anhaltenden Rohstoffmangels zu heben. Im Einvernehmen mit dem Reichsernährungsministerium ist neuerdings eine Nachprüfung der Unterlagen für die Erzeugerpreise eingeleitet worden, um durch eine entsprechende Erhöhung dieser Preise in Anbetracht der in den letzten Monaten gestiegenen Selbstkosten unter Belassung der Verbraucherpreise eine Steigerung der Leimerzeugung herbeizuführen.“

Diese Mitteilung lautet nicht sehr tröstlich. Es besteht noch Rohstoffmangel, dem man durch Erhöhung der Erzeugerpreise entgegenwirken will. Das erinnert an die „Anreizprämien“, die in der Lebensmittelherzeugung eine wenig effektvolle Rolle gespielt haben. Es wird zwar versichert, daß sich die Untersuchung darauf erstreckt, ob eine Erhöhung der Erzeugerpreise unter Belassung der Verbraucherpreise möglich ist; wir fürchten jedoch, daß diese Untersuchung zu keinem positiven Ergebnis führen wird. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß der Leim zwar teurer wird, daß sich aber eine Steigerung der Erzeugung als undurchführbar erweist. Sollte sich dieser Pessimismus als unbegründet erweisen, dann wäre das im Interesse des Gewerbes mit Freuden zu begrüßen.

Inzwischen wird in der Tagespresse mitgeteilt, daß die Knochenleimfabrikanten seit dem 5. April jede Lieferung verweigern, weil die zugestandenenen Preise angeblich nicht den Selbstkostenpreisen entsprechen. Das würde bedeuten, daß trotz allen guten Willens der Behörden die Verbraucherpreise für Leim eine weitere Steigerung erfahren.

Gingefandt.

Zum Verbandsstag.

In wenigen Wochen wird der Verbandsstag, das Parlament der deutschen Holzarbeiter, zusammentreten. Eine lange Zeit, fünf Jahre, trennt uns seit der letzten Tagung in Dresden. Wirtschaftliche Kämpfe schwerer Art drückten der Zeit der Dresdener Tagung ihren Stempel auf und zwangen somit den Gewerkschaften und an deren Stelle auch unserm Verband eine klare und scharfe Haltung auf. Eine geradezu wahnwitzige Verfolgungswut gegen die Gewerkschaften, und nicht zuletzt gegen unseren Holzarbeiter-Verband, wurde von den behördlichen Organen genährt. Der Schutz der Arbeitswilligen und Unorganisierten wurde zum Staatsinteresse erhoben und der organisierte Arbeiter zum Aufwiegler und Greisdreher gestempelt, den die Justizgar nicht scharf genug entlassen konnte. Kamhafte Vertreter des Unternehmertums forderten die Dastbarmachung der Gewerkschaften für Streikschäden, und die Gewerkschaften mußten allen Ernstes mit einer politischen Kampfkampagne rechnen. Die an Schärfe alle früheren, selbst die Zeit des Ausnahmeregimes in den Schatten stellte. Auch unser Verbandsvorstand sagte

zur Abwehr dieses Kampfes das verfügbare Material in der Schrift „Politik und Gewerkschaften“ im Jahre 1913 zusammen und gab ein anschauliches Bild aus Kämpfen der Gewerkschaftsbewegung mit Polizei und Justiz. Auch die Generalkommission raste sich zur Abwehr auf, und der Münchener Gewerkschaftskongress 1914 erhob gegen diese Verfolgungswut energischen Protest.

In dieser Situation brach der Weltkrieg aus und löste die ungeheuerliche Spannung der innerpolitischen Kämpfe wie mit einem Schlag. Es gab keine Parteien mehr, und aller Verfolgungswahn, der sich nicht bloß gegen den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften, sondern auch in erster Linie gegen die berufenen Führer wandte, war vergessen. Scharfmacher, Regierung, Staatsgewalt, in ihrem Bund fast die gesamten Gewerkschaftsführer, stießen sich zum Schutz des bedrohten Vaterlandes in die Arme. Nichts konnte ja auch der damaligen Regierung lieber sein, als die Arbeiter in dem Augenblick, als die Worte gefallen waren: „Ich kenne keine Parteien mehr“, hinter sich zu haben. Jahrelang haben uns die kriegstreiberischen Tendenzen der damaligen Regierung und deren Helfershelfer mit dem größten Misstrauen erfüllt, und hier sehen wir, wie sich die berufenen Führer der Arbeiterklasse trotz jahrzehntelanger Drangsalierung dieser Politik geradezu willenslos an den Hals werfen.

Vor Kriegsausbruch verfüllten die Gewerkschaften über ein Vermögen von 88 Millionen Mark. Dieses zu schütten, wurden Verhandlungen mit dem Reichsamt des Innern gepflogen, die ein vollständiges Aufgeben des Klassenkampfcharakters der Gewerkschaften zur Folge hatten. Die Antwort der Regierung lautete in jeder Hinsicht beruhigend, nämlich: „Wir denken nicht daran, Ihnen zu Leibe zu gehen, wenn Sie uns keine Schwierigkeiten machen.“ Die berufenen Führer der Arbeiterklasse willigten in die bei dieser Verhandlung mit dem Reichsamt festgelegten Bedingungen ein und ließen sich somit, ganz gleich, ob bewußt oder unbewußt, trotz jahrelanger Drangsalierung vor den imperialistischen Karren der Regierung spannen, und damit war das erste Verbrechen an den Interessen der Arbeiterklasse, speziell an der Gewerkschaftsbewegung, erfolgt. Daran hat sich auch unser Verbandsvorstand mitschuldig gemacht, und der bevorstehende Verbandsstag als höchste Instanz wird eine gründliche Abrechnung vornehmen müssen.

Ich gehe durchaus nicht soweit, dem Vorstand wie den übrigen Organen des Verbandes in bezug auf ihre Durchhaltenspolitik in allen Fällen böse Absicht zu unterstellen, aber das in sie gesetzte Vertrauen hat durch die von ihnen so mannigfach unternommenen Maßnahmen schwer gelitten. In geradezu höhnischer Weise haben wir diese einseitige Propaganda einer verbesserlichen Regierungspolitik in den Ersten unseres gewerkschaftlichen Kampforgans über uns ergehen lassen müssen. Wenn man solche Erscheinungen mit klarer Vernunft beurteilt, wird man das Gefühl, hier ist eine verwerfliche Interessenspolitik getrieben worden, nicht los. Aber gerade dadurch ist der Richtungsstreit im Verbandsleben in einer Weise geschürt und genährt worden, daß sich große Teile der Mitglieder mit Abscheu und Enttäuschung gegen diese unverantwortliche Propagierung wenden mußten. Ich will die Verdienste unserer Verbandsinstanzen für die Organisation keineswegs verkleinern und erkenne ihre jahrzehntelange Arbeit ohne weiteres an. Aber die heutige Zeit erfordert mehr. Die Masse in ihrer geistigen Konstellation und mit ihr die ganze Entwicklung drängen mit aller Wucht vorwärts. Dieses Vorwärtstreiben wird von einem nicht zu unterschätzenden Teil der Führer, und speziell der Führer, die bisher im Gewerkschaftsleben im Vordergrund standen, zu hindern oder zum mindesten einzudämmen gesucht. Und das kann nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegen. Die bisherigen Leiter und Führer mögen schließlich mehr oder weniger den besten Willen haben, aber sie können sich von den seitherigen Zuständen nicht oder nur sehr schwerfällig freimachen, sie befinden sich in ihrem ganzen Denken und Fühlen in einer Epoche der Vergangenheit.

Gewiß muß das allgemeine Wirtschaftsleben in seiner Lebensfähigkeit im Auge behalten werden, aber wenn sich die Führer der Arbeiterklasse in ihrem Denken und Fühlen immer mehr nach rechts entwickelt und diese schließlich in der puppen, dann ist mit ihnen eine gemeinsame, geistliche Weiterarbeit für die Interessen der Arbeiterklasse unmöglich. Es kann unter keinen Umständen zugegeben werden, daß sich in unseren berufenen Führern eine gewisse Interessenspolitik immer mehr nach rechts entwickelt und diese schließlich in der von uns seit Jahrzehnten bekämpften bürgerlichen Gesellschaft landen. Nichts haben wir von rechts zu erwarten. Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein. Das müßte auch den einzelnen Organen unseres Verbandes wie den Gewerkschaftsinstanzen im allgemeinen durch die verschiedensten Handlungen (ich verweise nur auf den Volksbund usw.) klar geworden sein. Wohl haben wir durch die Revolution einen Teil der seit Jahrzehnten mit vollem Idealismus erstritten und erkämpften Forderungen erreicht, aber dieser Kampf darf nicht vorzeitig abgebrochen werden. Die Arbeiterklasse muß unter allen Umständen ökonomische und wirtschaftliche Gleichberechtigung erreichen.

Nichts ist verkehrter als die Auffassung: „Die Gewerkschaftsarbeit sei heute schon überflüssig, sie sei ohne weiteres durch gewisse Betriebsräte überholt.“ Vorläufig befinden wir uns noch mitten in der kapitalistischen Produktion, und solange kapitalistische Produktion, solange auch unerbittlicher Gewerkschaftskampf; solange aber auch, und gerade gegenwärtig, die intensivste Gewerkschaftsarbeit auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes. Ein unerbittliches Vorwärtstreiben der Gewerkschaften gilt als eins der Kampfglieder im proletarischen Befreiungskampf. Gemeinsam mit den revolutionären Parteien, das ist das Gebot der Stunde. Denn je schneller sich dieser Kampf vollzieht, je eher wird er beendet sein; desto eher aber auch die Möglichkeit eines sozialistisch wirtschaftlichen Wiederaufbaues. Zu diesem Kampf ist jede einzelne Kraft erforderlich, und es ist eine nicht scharf genug zu rühende Erscheinung, wenn gerade die Gewerkschaften und in erster Linie deren berufenen Führer diesen sich vor ihren Augen vollziehenden Kampf teilnahmslos, wenn nicht gar feindselig gegenüberstehen. Gerade diese Erscheinung bringt das Traurige immer mehr in die Reihen der Gewerkschaftsmitglieder hinein. Ich erkenne die Auffassung des Vorstandes und sonstiger Instanzen: „daß der

gewerkschaftliche Kampf nichts mit Politik zu tun haben darf, unter keinen Umständen an. Politischer Kampf ist heute nichts anderes als Wirtschaftskampf.

Nichts ist unsinniger als das Geschwäg von Spaltung oder Zersplitterung der Gewerkschaften durch die diese Auffassung propagierenden oppositionellen Teile der Mitglieder. Das gerade Gegenteil ist der Fall.

Ob die Möglichkeit besteht, die so unendlich tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten und gegenseitigen Auffassungen zu überbrücken, so daß eine zukünftige gemeinsame Arbeit wieder möglich wäre?

Widerheit dem Mehrheitswillen unterwirft, besteht die Gefahr einer weiteren Zerstückelung der Arbeiterbewegung nicht. Offen wir, daß der Verbandstag den klaren Weg des proletarischen Endkampfes findet.

An die Schuhleistenarbeiter.

Auf meine Aufforderung in Nr. 14 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben fünf Vertrauensmänner ihre Adressen an mich eingeschickt, und ich habe bereits mit denselben einen Meinungsaustausch herbeigeführt.

Zur Lage der Bürstenmacher.

Wohl fast in keiner Branche unseres Verbands herrscht in bezug auf Entlohnung ein solches Durcheinander wie in der unsrigen. In Berlin und Hamburg ist der Verdienst der Kolleginnen beinahe doppelt so hoch als in Schöneheide.

Mark, Frankfurt a. M. 1,25 Mk., Pforzheim 1 bis 1,20 Mk., Hanau etwa den gleichen Betrag. Schon an diesen Beispielen erkennt man das herrschende Chaos.

Die zurzeit herrschenden Verhältnisse in unserem Beruf lassen eine Besprechung über die Mittel zur Abhilfe bringend notwendig erscheinen. Es wäre sehr nötig, so schnell wie möglich eine Branchen-Konferenz einzuberufen.

Literarisches.

Maryismus und Bolschewismus. Von Erwin Barth. „Der Fien“, Verlag für praktische Politik und geistige Erneuerung, Berlin S.W. 62. Preis 80 Pf.

Gestorbene Mitglieder:

- Sachsen, H. Schier, 49 Jahre.
Sachsen, H. Schier, 49 Jahre.
Sachsen, H. Schier, 49 Jahre.

Alfons Petrad, Tischler, wird gebeten, seine mündliche Erklärung für die Aufnahme in die Liste zu senden.

Zahlstelle Köln. Allen Bewerbern um die ausgeschriebene Stelle eines Lokalbeamten für Köln zur Nachricht, daß der Kollege H. Schöler, Bremen, gewählt wurde.

Lokalbeamter gesucht! Die Zahlstelle Offenbach a. M. sucht zum baldigen Antritt einen Lokalbeamten, Kollegen, welche mindestens 5 Jahre Mitglied unseres Verbandes sind.

Zur Akkordanfertigung von ca. 80 Fenstern und ca. 30 Türen Tischler zu dem Aufbau eines neuen Kolonnen Sägewerkes gesucht.

4 Tischler auf Bau und Möbel für dauernd gesucht. Otto Schneider, Groß-Bastorf (Bezirk Magdeburg).

3 Tischler auf bessere Küchenmöbel und 1 Tischler auf bessere Möbel für dauernd gesucht. Otto Hoff, Greienweide an der Ober.

3 bis 4 Möbelschreiner auf furnierte Arbeit, nur erste Kräfte, stellt ein für dauernde Arbeit Albert Barz, Bismarckstr. 1, Solberg, Kreis L.

Tüchtige Möbelschreiner in dauernde Stellung gesucht. Ludwig Müller, Möbelwerkstatt, Bismarckstr. 1, Solberg, Kreis L.

Möbelschreiner auf Eichen-Schlafzimmermöbel gesucht. Otto Hoff, Greienweide an der Ober.

Werkmeister, der die Leitung eines kleinen Betriebes für seine polierte Möbel in Kleinstadt selbständig übernimmt und am Landleben Gefallen findet, außer gutem Gehalt am Reingewinn beteiligt wird.

Möbelschreiner jedes Alters bei hohem Lohn und guten Verhältnissen auf furnierte Arbeit für dauernd in oberbayerischem Provinzort gesucht.

Tüchtige Möbelschreiner in dauernde Beschäftigung und bei hohem Lohn in der Werkstatt, Inhaber Heinrich Dreier, Karlsruhe, Bez. Hamburg.

Möbelschreiner auf einfache und bessere Arbeiten stellt sofort ein Möbelwerkstatt Kieger, Kottbus.

Tüchtige Möbelschreiner für furnierte Möbel sofort gesucht. Gehr. Martin, Düsseldorf, Finkenwall 226.

Tüchtige Tischler, möglichst ältere, die gern polierte Möbel bei gutem Lohn und Gewinnbeteiligung von kleinem Betrieb gesucht. Otto Lebensverhältnisse. Angebote mit Zeugnisabschriften an Carl Schöpman, Möbelschreiner, Löhnow, Hannover.

1 Tischschneider für Küchenmöbel gesucht. Für Wohnung wird evtl. gesorgt. Heinrich Hst, Mödel, Seebad Ahlbeck (Pom.).

5 Tischler oder Stuhlbauer auf eichte und Vollstergestelle für dauernde Arbeit bei hohem Verdienst sofort gesucht. Hermann Koppe, Stuhlwerkzeugfabrik, Rammig (Mecklenburg).

Tüchtige Stuhlbauer bei hohem Stundenlohn sofort gesucht. G. Dörwald, Schwerin i. M., Baisenstr. 17.

Ein Holzarbeiter oder ein Eismacher wird noch eingestellt. G. E. Seifert, Reichenau, Bez. Dresden.

2 Stuhlpolierer sowie einige Tischler und Stuhlbauer sucht Möbelwerkstatt Nordhofstr. in Holstein.

2 bis 3 Ovaldrehler auf runde und ovale tüchtige Bilderrahmen sofort gesucht. Max Gramann, Mödeln (Sachsen).

Ein Möbeldrehler für gute Möbelarbeiten gesucht. Karl Portong, Dornbrück, Lohstr. 19.

2 tücht. Hartgummidrehler perfekte Gewindeschneider, stellt bei hohem Lohn ein Firma Ferdinand Klig, Frankenhäuser a. Ruffh.

Mehrere Tischler und Korbmacher sofort in dauernde Beschäftigung gesucht. Richter & Wolf, Krippen (Sächsische Schweiz).

Suche mehrere Gesellarbeiter auf gute tüchtige Weidenmöbel. Th. Reimann, Dresden-N., Königsstr. 3.

2 Korbmacher auf Weid (können auch noch eingearbeitet werden) bei sehr guter Bezahlung möglichst sofort auf dauernd für meine Korbmacherei gesucht. Weldenrichter J. Keller, Rügen-Ehlingen (Württemberg).

20 Korbmacher auf Gestellarbeit, Geschlages und Weidenarbeit. Lohn u. Tarif - sofort gesucht. Ergeb. Korbwarenfabrik Neustadt bei Chemnitz (Sachsen).

Tücht. Korbmacher a. Gestellarb. sucht Korbkunst, Hildburghausen.

2 Korbmacher für welche geschlagene Arbeit bei gutem Lohn sucht. Fr. Böhner, Kötzsch, Bezirk Halle.

10 Korbmacher auf runde Berliner Obstkörbe (grün), Arbeitslohn 2,80 Mark pro Stück, stellen sofort ein Hermann & Max Weise, Dähme i. Mark.

Tüchtige Korbmacher auf Weiden- und Rohrmöbel verlangt. Johann Lorenz, Korbwarenfabrik, Berlin-Schöneberg, Mersburger Straße 3.

Tüchtige Korbmacher auf Korbkörbe und Weidenkorbmöbel bei hohem Akkordlohn für dauernd gesucht. Emil Czogalla in Kolonie Wellingdorf, Post Ratiborhammer, Kreis Ratibor, Ober-Schlesien.

2 bis 3 Gestellarbeiter auf Weidenstuhl tüchtige gesucht. A. B. Würdich, Magdeburg-N.

Korbmacher auf Weid- u. Grün geschlagen stellt sofort ein (Kost und Logis im Hause) Paul Schierschke, Kohenau i. Schlesien, Bahnhofstraße 1.

Tüchtiger Bürstenmacher gesucht! Otto Krause, Bürstenfabrik, Kiel.

Einen Holzarbeiter für Pantinenholzer, grünes Pappelholz, sucht F. Herrmann, Nowawes b. Potsdam.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Table with columns: Ort, Beruflicher, Möbelschreiner, Tischler, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows: Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Chemnitz, Eisenburg, Forst, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Herford, Leipzig, Lübeck, Stettin, Zusammen, Vor. Woche.

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.